Obamas Missverständnisse

von Reiner Bernstein

Kurz nach dem Gespräch mit dem jordanischen König Abdullah II. und einen Tag vor der Begegnung mit Benjamin Netanyahu hat der US-Präsident mit seiner Grundsatzrede Leitlinien für das Verhältnis zur arabischen Welt und zum israelisch-palästinensischen Konflikt vorgegeben. Sie sind nicht weniger als enttäuschend ausgefallen, auch wenn sich Barack Obama im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger George W. Bush für die Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen vor 1967 aussprach und obwohl die Palästinensische Autonomiebehörde diese Anzeige als politischen Durchbruch würdigte. Es ist noch nicht lange her, dass sich Machmud Abbas von Washington getäuscht fühlte.

Obama wählte den prestigegesättigten „Benjamin Franklin Room“ im State Department, um den Umbrüchen in der arabischen Welt und den dortigen Freiheits- und Reformbestrebungen die volle Unterstützung Amerikas anzubieten. Vor fast zwei Jahren, am 4. Juni 2009, hatte er von Kairo aus ein neues Kapitel in den Beziehungen zur arabischen und moslemischen Welt aufschlagen wollen, zu dem die frohe Botschaft gehörte, dass das Jahr 2011 der Welt einen souveränen Staat Palästina schenken werde.

Davon ist nichts übriggeblieben. Die „Arabellion“ ist nicht die Folge seiner damaligen Zusagen und Ankündigungen. Vielmehr haben sich die Menschen in Tunesien, Ägypten und Syrien auf ihre eigenen Kräfte besonnen. Kein Zweifel, dass der Funke der Selbstbefreiung auf Staaten wie Marokko und Mauretanien und schließlich auf die Golfstaaten und auf Saudi-Arabien überspringen wird. Nur in Jordanien scheint der Übergang zu einer konstitutionellen Monarchie zu gelingen, wobei sich die prinzipielle Stabilität des Königshauses vor allem auf die Achtung vor den Nachkommen des Propheten stützen kann.

Obamas Versprechen am 19. Mai gegenüber den arabischen Protestbewegungen ist vage geblieben. Wie der politische Westen insgesamt fehlt ihm, obwohl die USA im Nahen Osten auf der politischen Federführung beharren, trotz des riesigen diplomatischen Apparats ein überzeugendes Konzept. Weitere finanzielle Hilfsmaßnahmen wie jüngst gegenüber Jordanien und Ägypten werden das amerikanische Ansehen nicht mehren. Zu Hause haben die Republikaner im Kongress unter Verweis auf den riesigen Schuldenberg im Staatshaushalt ihre Vorbehalte formuliert, und die Demonstranten in Kairo und anderswo werden sich politische Einmischungen auf dem Weg zu Rechtsstaat und Demokratie verbitten.

Die Administration will augenscheinlich verkennen, dass ihr bisheriger Einfluss auf der Allianz mit Autokraten und Despoten gründete, die aufgrund des eigenen Machterhalts Washingtons geostrategische und ressourcenbedingte Anliegen verteidigten. Doch ist für das Weiße Haus und das State Department die Epoche der arabischen Volkssouveränität angebrochen: Die Administration hat sich auf wechselnde parlamentarische Mehrheiten und Regierungen einzustellen, die ihre Legitimität der politischen Mitwirkung und Teilhabe ihrer Bürger verdanken. Zum anderen wird mit den arabischen Umbrüchen der Druck auf die Klärung des israelisch-palästinensischen Konflikts wachsen. Der Präsident und seine Außenministerin Hillary Clinton kommen nicht umhin, dem Zusammenhang zwischen beiden politischen Herausforderungen großes Gewicht beizumessen – auch wenn sie den permanenten Vorwurf der doppelten Maßstäbe entkräften wollen.

Bis dahin muss sich Israels Politik in der Westbank und in Ost-Jerusalem auf nichts dramatisch Neues einstellen. Obwohl Verteidigungsminister Ehud Barak in der „Los Angeles Times“ gerade betont hat, dass Israel die stärkste Militärmacht „im Umkreis von tausend Meilen um Jerusalem herum“ sei, hat Obama erneut die

existentielle Gefährdung seines strategischen Partners hervorgehoben. Netanyahu wird also am heutigen Tag das Weiße Haus in gewisser Entspanntheit betreten können, und Obamas bevorstehender Auftritt vor dem „America Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) wird den Ministerpräsidenten einmal mehr bestätigen.

Schließlich: Netanyahu kann nach der in Israel als verächtlich bezeichneten Absage des Präsidenten an die geplante Proklamation Palästinas folgenlos die Deklaration folgen lassen, nur auf der Annexion der drei großen Siedlungsblöcke Gush Etzion im Süden, Maaleh Adumim im Osten und Ariel im Norden zu bestehen – und im tatsächlichen Falle eines palästinensischen Staates auf Israels militärischer Präsenz im Jordantal zu beharren, einem Landstrich, der nicht weniger als 18 Prozent der Westbank ausmacht.

Und die Bundesregierung? Nachdem Angela Merkel bereits Anfang Mai den diplomatischen Schulterschluss mit dem transatlantischen Verbündeten übte, hat sich Guido Westerwelle jetzt damit begnügt, Obama ein „kraftvolles Signal“ an die arabische Welt zu bescheinigen, und ansonsten auf die Rolle des Nahost-Quartetts verwiesen, das sich freilich bislang in schwungvoller Rhetorik erschöpft hat. Der Wille zur Mitwirkung bei der Überwindung der israelisch-palästinensischen Konfrontation sieht anders aus. Der Vorzug gilt dem Warten auf Washington, während die Jerusalemer Planungsbehörde den Bau von weiteren 1600 Wohneinheiten im östlichen Großraum der Stadt verkündet.

Reiner Bernstein

München, 20.05.2011

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-